

Von Wirtschaftswachstum, Sozialleistungen und Steuerpolitik

Die Lage der Nation aus der Sicht von Jeannot Krecké (LSAP)

Beim letztjährigen parlamentarischen Budgetbericht, vorgetragen von Jeannot Krecké, war aufgefallen, daß der Rapporteur sich nicht mit finanzpolitischem Geplänkel zufrieden gegeben hatte, sondern wesentliche Zukunftsfragen der Luxemburger Gesellschaft aufgeworfen hatte. Angesichts der ökologischen und sozialen Herausforderungen, die auf uns zukommen, meinte er, Luxemburg sei vor ein "choix de société" gestellt. Die *forum*-Redaktion wartete den Bericht zur Lage der Nation ab, den Premierminister Jean-Claude Juncker am 2. Mai 1996 in der Abgeordnetenkammer vortrug, um sich mit dem Finanzexperten des Koalitionspartners über seine Sicht zur Lage der Nation zu unterhalten.

Wirtschaftswachstum und Sozialnetz

Raymond Klein (RK): *Eigentlich ist unser Wirtschaftssystem von zwei Krisen erfaßt: von einer ökologischen und von einer sozialen. Während die soziale Krise möglicherweise noch durch weiteres wirtschaftliches Wachstum zu lösen wäre, würde ein derartiges Wachstum die erstgenannte Krise weiter verschärfen. Der Sozialstaat kommt durch die Koppelung der beiden Krisen in eine Zwickmühle.*

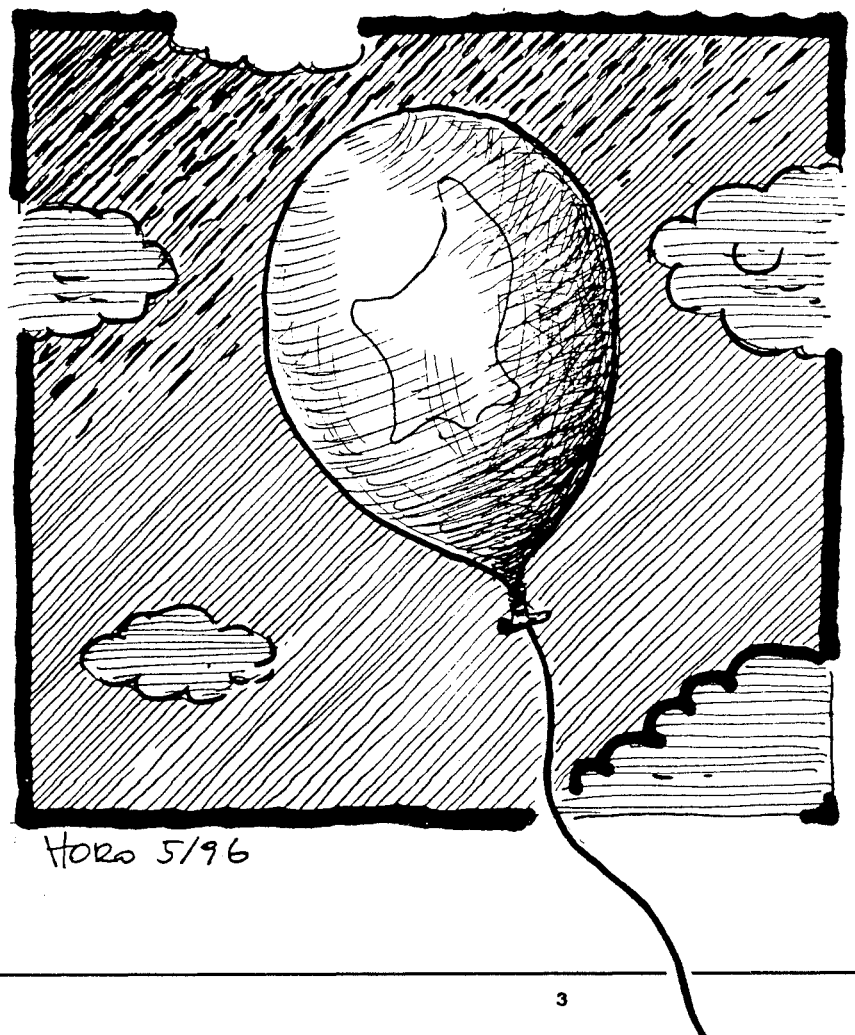
Jeannot Krecké: Ich habe schon in meinem Budgetbericht im Herbst 1995 darauf hingewiesen, daß Wirtschaftswachstum immer eine Verschlechterung der Lebensqualität nach sich ziehen kann. Die Krise hat aber nicht nur ökologische Folgen, sondern auch soziale. Wir haben in Luxemburg, und in Europa allgemein, ein Sozialstaatsmodell aufgebaut, das nicht zum Nulltarif zu haben ist. In der Polemik betreffend die Steuersenkungen für die Unternehmen ist wieder die Rede von 'Steuergeschenken an die Kapitalisten'. Wir können natürlich morgen entscheiden, keine derartigen 'Geschenke' zu machen, den Betrieben nicht zu helfen, doch dann müssen wir uns auch der Folgen für die Finanzierung unseres Sozialnetzes bewußt sein. Meine Frage ist: Sind die Bürger bereit, Einbußen in den Sozialleistungen hinzunehmen? Denn das ist die Konsequenz, wenn wir auf Wirtschaftswachstum verzichten. Insofern ist der soziale Konflikt brisanter als der ökologische, der uns droht.

Claude Wey (CW): *Tut sich die Regierung nicht auch deshalb schwer, eine sozialverträgliche Lösung zu finden, weil sie aus zwei Parteien gebildet ist, die historisch gesehen den Sozialstaat in Luxemburg aufgebaut haben, nach dem Modell der sozialen Marktwirtschaft? Nun sehen sich aber die beiden eher so-*

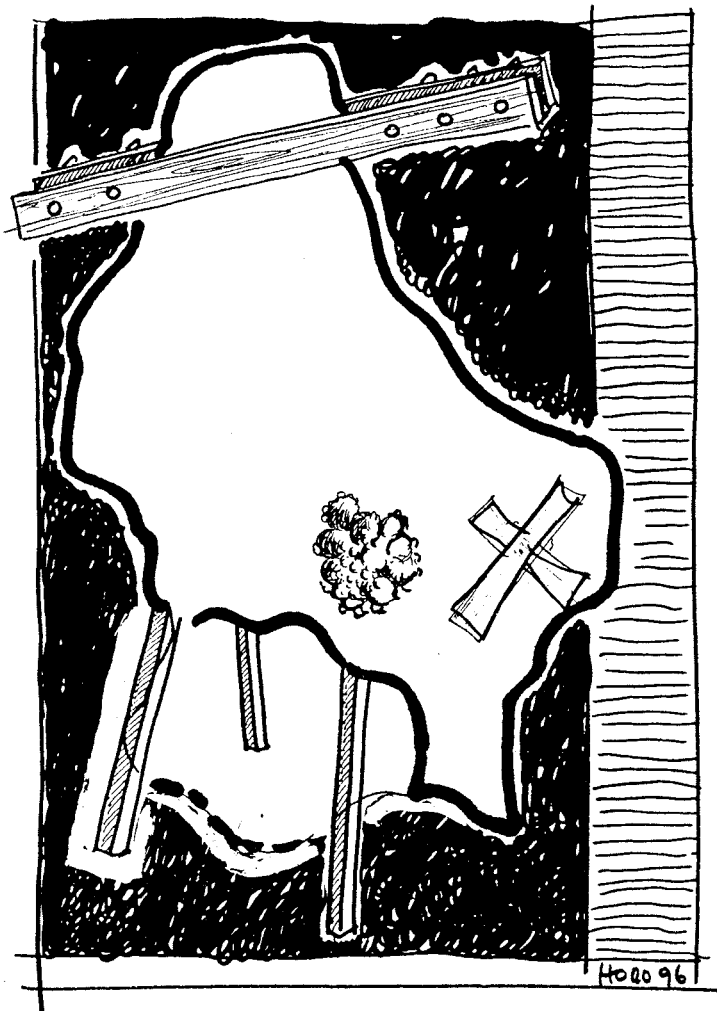
zial eingestellten Parteien auf Druck des Bankensektors gezwungen, Zugeständnisse im Sozialbereich zu machen.

Jeannot Krecké: Als Sozialist kann ich ja nur einverstanden sein mit solchen Maßnahmen zugunsten der Banken, weil sie den Grundbestand des Sozialstaats

Romain Hoffmann



finanziell absichern helfen. (Es bleibt zu überprüfen, ob die Sozialpolitik, die wir mit dem so erwirtschafteten Geld betreiben, auch greift.) Es geht bei dieser Wirtschaftspolitik darum, sich Mittel zu verschaffen, um eine Sozialpolitik betreiben zu können. Wir gehen ja von einem Netz an Sozialleistungen aus, das sehr dicht und teuer ist. Nehmen wir das Beispiel Krankenkassen. Jeder von uns zahlt 5,2% seines Bruttolohns in die Krankenkasse. In keinem Staat Europas sind die Beiträge so niedrig. In Deutschland liegt der entsprechende Prozentsatz bei 13,2%. Wir können uns den niedrigen Satz nur leisten, weil der Staat einen großen Zuschuß an die Krankenkassen zahlt. Und dasselbe tut er bei den Rentenkassen, bei den familienpolitischen Leistungen usw. Luxemburg hat einen großen Teil der Sozialleistungen fiskalisiert, d. h. die Finanzierung aus den Steuereinnahmen übernommen. In die Pensionskasse zahlt jeder ja nur 8% seines Lohnes, für Pensionen, die zu den höchsten Europas zählen: ohne staatlichen Zuschuß wäre das nicht denkbar.



Romain Hoffmann

Daher wäre auch die Gefahr so groß falls die Grenzländer nicht mehr bei uns, sondern im Wohnland besteuert würden. Unser gesamtes Sozialnetz müßte dann reorganisiert werden; der Staat müßte seinen Beitrag stark zurückschrauben.

Wir haben uns mit unserem Sozialsystem einem Wachstum der Arbeitsplätze verschrieben. Das setzt aber ein Wirtschaftswachstum voraus. Unser Pen-

sionssystem, das bekanntlich auf einem Umlageverfahren, nicht auf einem Kapitalisationsverfahren, beruht, ist anders nicht zu finanzieren. Wenn wir heute sagen, die Renten seien dank der steigenden Zahl der Beschäftigten bis ins Jahr 2006 oder 2010 abgesichert, haben wir eigentlich nur das Problem verschoben, nicht aber gelöst. Die Aktiven von heute sind wohl Netto-Zahler in die Rentenkassen, aber die werden in absehbarer Zeit auch Netto-Empfänger sein.

Michel Pauly (m.p.): *Das Gegenmodell, wenn man nicht von immer weiter steigenden Beschäftigtenzahlen abhängig sein will, wäre eine Verringerung der Pensionsgehälter oder eine Erhöhung der Beiträge?*

Jeannot Krecké: Oder das Kapitalisationsverfahren an Stelle des Umlageverfahrens. Einige meinen, im Kapitalisationsverfahren werden die eingezahlten Beiträge sozusagen als privates Vermögen des Beitragzählers verwaltet und ihm im Ruhestand in Form einer Rente zurückbezahlt, während im Umlageverfahren mit den Beiträgen der Aktiven die Renten der Ruheständler bezahlt werden. Dieses System führt aber in die Sackgasse: Die Luxemburger gehen im Schnitt immer früher in Rente (mit weniger als 57 Jahren!), sie werden im Schnitt immer älter und ihre Pensionen werden immer höher. Demgegenüber ist die Zahl der Aktiven gering und sie zahlen die niedrigsten Beiträge in ganz Europa. Diese Gleichung kann auf Dauer nicht aufgehen.

Selbstbescheidung ist angesagt

m.p.: *Ist also das Kapitalisationsverfahren die Lösung oder muß man in Richtung Beschränkung der Bedürfnisse und Ansprüche umdenken? Muß man den Aktiven beibringen, daß sie nicht mehr mit so hohen Pensionen zählen dürfen?*

Jeannot Krecké: Der Anfang ist ja gemacht mit den Diskussionen um die Pensionen im öffentlichen Dienst, wo es ja sehr, sehr hohe Pensionen gibt. Hier ist sicher die Frage berechtigt, ob solche Ruhegehälter im Alter noch notwendig sind. Abgesehen von der Finanzierungsfrage stellt sich auch die Frage, was diese Leute mit dem Geld tun, das sie im hohen Alter noch verdienen. Sie ersetzen sicher noch ihr Auto oder Möbelstücke, reisen auch viel, doch es wird in dem Alter kaum noch in substantielle Neuanschaffungen investiert. Also fließt das Geld in die Taschen der Kinder, die es in der Tat nötig haben. Es geschieht hier eindeutig eine Umverteilung zugunsten der Kinder dieser Ruheständler. Dabei entsteht aber eine neue Ungerechtigkeit. Kinder von Beziehern von hohen Renten haben eindeutig bessere Startchancen im privaten Leben, z. B. bei der Gründung einer eigenen Familie und der Anschaffung einer Wohnung, als die Nachkommen von Leuten mit bescheideneren Renten.

CW: *Inzwischen ist das Leben in Luxemburg auch so teuer geworden, daß es kaum mehr möglich ist, sich eine eigene Wohnung anzuschaffen ohne finanzielle Hilfe der Eltern.*

Jeannot Krecké: Dabei entstehen aber Ungerechtigkeiten. Das Preisniveau auf dem Immobilienmarkt verlangt doch mindestens 10 Millionen Franken für die erste Wohnung. Die kann kein Paar nach zwei, drei Jahren aufbringen. Hat es nur zwei, drei Millionen, muß es sieben, acht Millionen Kredit aufnehmen. Wer kann das dann aber wieder zurückzahlen, ohne die Hilfe von zuhause? Unsere Generation erbt weit größere Summen von ihren Eltern als jede Generation vor uns.

CW: Das Luxemburger Vermögensmodell und der Immobilienmarkt funktionieren also nur, weil zwei, drei Generationen lang gespart worden ist. Heute sind aber die Preise so hoch, daß die heutige Generation keine großen Ersparnisse machen kann und die kommende Generation also ohne Polster dastehen wird. Dann wird sie aber nicht 20-25 Jahre lang ihre Schulden vom Wohnungsbau abzahlen, sondern 40-50 Jahre lang. In anderen Worten: die übernächste Generation wird das neue Haus mitbezahlen müssen, trotz günstiger Zinsen.

Die Frage ist aber, wie kann man ein solches System verändern, das sicher auf seinen selbstverschuldeten Untergang zueilt? Selbstbescheidung ist also wieder angesagt. Wie können verantwortungsbewußte Politiker diese Botschaft vermitteln? Das muß doch gerade in Luxemburg recht schwierig sein, wo es den Leuten seit über dreißig Jahren verdammt gut geht und das einzige Versprechen der Politiker immer darin bestand zu behaupten: Wenn ihr mich wählt, wird es euch noch besser gehen? War dann die Steuerreform von 1991 nicht ein Signal in die falsche Richtung?

Jeannot Krecké: Die Reform hat sicher dem Staat eine Reihe Möglichkeiten genommen, aber ich war zu stark an ihrer Ausarbeitung beteiligt, um sie jetzt als falsch hinstellen zu können. Mir scheint es aber wichtig festzuhalten, daß wir uns zur Zeit in Luxemburg nicht in einer Krisensituation befinden. Wohl gibt es Leute, denen es schlecht geht; denen soll auch eine spezifische Hilfe zukommen. Doch wir stehen nicht mit dem Rücken zur Wand. Trotzdem scheint mir der Augenblick gekommen, um auf breiter Basis eine Diskussion zu provozieren über die Frage, wie es weitergehen soll. Bislang waren die Reaktionen auf die in meinem Budgetbericht gestellten Fragen nicht überwältigend. Wir müssen zum 'parler vrai' übergehen, systematisch bei jeder Forderung auf die Folgen hinweisen, Zusammenhänge erklären, ... Wer seine private Lebenswelt vor schädlichen Umwelteinflüssen schützen möchte, Lärmbelästigungen und stinkende Abgase in seiner Nachbarschaft abstellen möchte, der muß sich bewußt sein, daß auch sein Auto zu den 240 000 gehört, die ja nicht immer nur in der Garage stehen. Wer Wirtschaftswachstum braucht, muß z. B. auch vermehrten Flugverkehr akzeptieren. Daher kommt unweigerlich die Frage auf: welches Wirtschaftswachstum ist noch vertretbar? In Luxemburg kann zumindest die Mittelschicht sich fast alles leisten. Damit verbunden ist aber ein sich immer stärker ausbreitender Egoismus, eine negative Einstellung zur Solidarität, zur gegenseitigen Hilfe. Hauptsache ist, die eigene, private Lebenswelt ist in Ordnung, der Rest ist egal.

Es ist ohne Zweifel eine große Sünde von uns Politikern gewesen, daß wir jahrelang versäumt haben, solche gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge zu erklären. Diese Diskussion muß unbedingt weitergeführt werden. Bei den Wahlen müssen die Bürger dann in Kenntnis der Langzeitfolgen entscheiden, in welche Richtung der Zug fahren soll. Auf die Gefahr hin, daß Politiker, die diese Ehrlichkeit aufbringen, beim Wähler durchfallen. Das Risiko muß jeder Kandidat, aber auch jede Partei für sich selbst abschätzen und Folgerungen ziehen. Ein jeder Politiker sollte immer bereit sein, auch wieder ins zivile Leben zurückzukehren.

Schwindende Solidarität

RK: Ist Luxemburg nicht dabei, seine Probleme auf Kosten seiner Nachbarn zu lösen? Ist Luxemburg nicht genauso gut von der Krise betroffen wie die Nachbarregionen im Westen, Süden oder Osten, nur hat Luxemburg es fertiggebracht, eine Reihe Probleme dorthin abzuschieben.

Jeannot Krecké: Das scheint mir stark übertrieben. Wir nutzen ohne Zweifel unsere Souveränität aus zugunsten einer Nischenpolitik im wirtschaftlichen Bereich, indem wir Wege beschreiten, die Nachbarregionen, weilsie nicht souverän, sondern Teile eines größeren Staates sind, nicht beschreiten können. Dadurch können wir Vorteile bieten, auch den Grenzgängern aus den Nachbarregionen, die sie zuhause nicht finden. Sie finden zuerst mal einen Arbeitsplatz, ein Einkommen. Aber das bringt natürlich auch Transportprobleme mit sich. Notwendig wäre sicher ein Denken in Kategorien der Großregion statt in nationalen Grenzen. Ich bin mir natürlich bewußt, daß die Grenzgänger ihre Steuern bei uns bezahlen, die Nachbarregionen ihre Schulen, ihre Kulturzentren, ihre Spitäler aber finanzieren müssen. Es wäre schon gesünder, Luxemburg als Zentrum nicht nur eines kleinen Landes anzusehen, sondern einer Großregion, und wirtschaftliche Investitionen nicht nur innerhalb der nationalen Grenzen ansiedeln zu wollen. Dieses Umdenken muß aber noch in die Köpfe eindringen. Es ist in der Tat nicht normal, daß ein Grenzgänger, der bei uns arbeitet und dann seinen Arbeitsplatz verliert, seine Arbeitslosenunterstützung im Heimatland beantragen muß. Es gibt zwar ein Abkommen, nach dem Luxemburg verpflichtet wäre, diese Arbeitslosenunterstützung zurückzuzahlen, aber es wurde noch nie davon Gebrauch gemacht.

CW: Luxemburg hat ohne Zweifel jahrelang eine Nischenpolitik betrieben. Doch mittlerweile haben andere Regierungen erkannt, daß auch sie derartige Vorteile nutzen können, etwa Irland, das dabei ist, mit Steuervergünstigungen einen eigenen Finanzplatz aufzubauen. Besteht da nicht die Gefahr, daß Luxemburg nur ein 'off-shore'-Gebiet unter vielen sein wird?

Jeannot Krecké: Ich behaupte, nicht die Regierungen, nicht die Politik fördern diese Entwicklung, sondern die Globalisierung der Weltwirtschaft, weil heute alles, Güter, Kapital frei zirkulieren darf. Dadurch

Es ist ohne Zweifel eine große Sünde von uns Politikern gewesen, daß wir jahrelang versäumt haben, solche gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge zu erklären.

Ich stelle fest, daß immer stärker die Arbeit belastet wird, die Leute, die eine Arbeit haben, und die Betriebe, die Leute beschäftigen, und immer weniger das Kapital.

haben die einzelnen Länder immer weniger Gewicht, um eine eigene Wirtschaftspolitik zu betreiben.

m.p.: *Vorhin hast Du von Nischen der Souveränität gesprochen ... Ich zweifle in der Tat daran, daß es überhaupt noch eine nationale Souveränität gibt, die sich gegen die Interessen des internationalen Kapitals behaupten könnte.*

Jeannot Krecké: Es gibt sie aber noch, doch sie nimmt ab. Die Wirtschaft spielt schamlos ein Land gegen das andere aus.

m.p.: *Das haben wir ja in den letzten Tagen von Seiten der deutschen Banken in bezug auf den Finanzplatz Luxemburg erlebt ...*

Jeannot Krecké: Es ist klar, daß die anderen Länder auf die Luxemburger Nischenpolitik reagiert haben, weil die Wirtschaftskreise ihnen das suggeriert haben.

m.p.: *Unsere Souveränität nimmt also von Tag zu Tag ab.*

Jeannot Krecké: Ganz sicher.

m.p.: *Wie soll man dann verstehen, daß der Premierminister in seinem Bericht zur Lage der Nation behauptet, er sei nicht erpreßbar, weder von Luxemburger Unternehmern noch von deutschen Bankern, seine Steuerpolitik sei kein Geschenk, das auf Druck der Letzteren zustandegekommen sei, sondern entspreche einer voluntaristischen Politik zum Nutzen des Landes ...?*

Jeannot Krecké: Diese Politik wird durchaus von dem bestimmt, was rund um uns geschieht, von der Politik anderer Länder und der Reaktion der Wirtschaft auf solche Angebote. Es bleiben aber noch Möglichkeiten eigenständigen Handelns, auch wenn sie kleiner werden. Früher gab es z. B. noch die Möglichkeit der Devisenkontrolle, der Güterkontrolle. Heute ist der Fluß unkontrolliert und er fließt dorthin, wo der Ertrag der beste ist.

m.p.: *Und was wird geschehen, wenn wir die eigene Währung verlieren und nur noch der Euro zirkuliert, unter der Obhut einer Zentralbank, die nach dem Muster der Deutschen Bundesbank rein monetaristische Kriterien in der Wirtschaftspolitik anwendet und soziale Überlegungen außen vor läßt?*

Jeannot Krecké: Auch deren Reaktionen sind durch die Vorgänge in der Wirtschaft bestimmt. Ihre Steuerungsmöglichkeiten sind aber immerhin größer als jene eines kleinen Landes wie Luxemburg. Aber es stimmt, daß eine Reihe unserer Nischen wahrscheinlich enger werden, wenn wir an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen. Die Frage ist, ob man dieser Entwicklung passiv zusieht, oder ob man nach neuen Chancen sucht. Es ist klar, daß wir eine Reihe von Gebieten entwickeln müssen, etwa den Bereich der Telekommunikation, in dem das Luxemburger Produkt einfach so gut ist, daß es sich weltweit durchsetzen kann, unabhängig von jeder Nischenpolitik, dank des erworbenen Know-hows, durch die Infrastrukturen, die zur Verfügung stehen usw. Wenn wir das nicht aktiv betreiben, werden wir uns sicher auf

der Verliererseite wiederfinden. Daher scheint mir die Idee der Großregion so interessant: Luxemburg als Zentrum einer Großregion, die eine eigene Dynamik entwickelt, die über unser kleines Territorium hinausgeht. Da heißt es noch viele neue Ideen entwickeln.

Heute kann ein Ingenieurbüro problemlos in Indien seine Pläne entwerfen und die Berechnungen machen lassen, von hoch qualifizierten Fachkräften zu einem lächerlich geringen Preis, und morgen liegt das Resultat in Luxemburg auf dem Tisch, dank Datenautobahnen und Informatiknetzen. Doch es gibt auch Bereiche, in denen der Mehrwert nicht so hoch ist und die Güter nicht so leicht hin- und hertransportiert werden. Ich denke etwa an Holz. Es gibt Holz bei uns, aber kaum holzverarbeitende Industrien. Es gibt Produkte, die es sich nicht lohnt, anderswo herzustellen, die wir aber ungenügend unterstützen. Dasselbe gilt für den agro-alimentären Bereich. Doch die bringen keine so hohen Gewinne, sie sind auch nicht so prestigieus. Daher vernachlässigen wir die häufig. Wir müssen unbedingt verstärkt die Klein- und Mittelbetriebe unterstützen, die z. T. Marktnischen entdeckt haben und eine solche Kompetenz aufgebaut haben, daß sie europaweit Marktführer geworden sind.

Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit

CW: *Jetzt haben wir eine Dreiviertelstunde über Wirtschaftspolitik statt über Sozialpolitik gesprochen. Über Sozialpolitik, die das Ziel des Wirtschaftswachstums sein sollte, wird wenig geredet. Auch die führenden Parteien in Europa, die Christdemokraten wie die Sozialdemokraten, scheinen Sozialpolitik nur noch als Anhängsel ihrer Wirtschaftspolitik zu betrachten.*

Jeannot Krecké: Ohne wirtschaftlichen Unterbau ist Sozialpolitik halt nicht mehr machbar. Wenn bei uns morgen ein wichtiger Sektor einbricht, fehlen dem Staat von heute auf morgen 10-15 Milliarden. Das ist mehr als der Staat heute allein für familienpolitische Maßnahmen (Kindergeld usw.) ausgibt. Ungefähr 90% des Staatshaushalts sind ja gebunden, nur 10% stehen uns zur freien Verfügung. Und das sind 15 Milliarden. Also müßte man im Falle eines Einbruchs gleich das Sozialnetz anknapern, oder dann den Weg der Verschuldung gehen.

CW: *Luxemburg hat in dieser Hinsicht doch noch ein Polster im Vergleich zu den übrigen europäischen Staaten. Es gibt bei uns keine Staatsschuld. Wäre es dann nicht sinnvoll, um verschiedene soziale Reformen in die Wege zu leiten, eine begrenzte Kreditaufnahme ins Auge zu fassen?*

Jeannot Krecké: Schulden machen geht in Ordnung, wenn die damit finanzierten Ausgaben keine Konsumwirkung haben und keine Umverteilungsmaßnahmen darstellen. Eine Verschuldung ist nur zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen zu verantworten.

CW: *Ich denke nicht an neue Beihilfen, sondern eher z. B. an Kindertagesstätten, die ja sehr fehlen.*

Jeannot Krecké: Ich bin seit Jahren - das klingt jetzt nicht sehr populär - der Meinung, daß wir zuviel umverteilen und uns einen größeren Handlungsspielraum erhalten müßten, um eine Reihe von Infrastrukturen im sozialen Bereich zu verbessern. Auch im Bereich der Pflegeversicherung fehlen viele Strukturen. Solche Infrastrukturen ziehen natürlich auch Unterhaltskosten nach sich. Es stimmt, daß wir im sozialen Bereich vorrangig nur an finanzielle Beihilfen denken, obschon auch infrastrukturelle Maßnahmen nötig wären.

CW: *Infrastrukturen wie Kindertagesstätten würden gleichzeitig auch eine neue Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau erleichtern und somit gesellschaftspolitische Reformen ermöglichen. Das geht über die klassische Sozialpolitik hinaus.*

m.p.: *Trotzdem zurück zur Sozialpolitik und zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzabsicherung. Wer die Jahresberichte der in Luxemburg ansässigen Banken in den letzten drei Monaten in der Tagespresse verfolgte, mußte feststellen, daß sie 1995 Gewinnsteigerungen von 10-20% zu verzeichnen hatten. Der Premierminister stellte in seinem Bericht zur Lage der Nation fest, das Wirtschaftswachstum habe 1995 bei 3,8% gelegen, gut ein Prozentpunkt über dem durchschnittlichen Wachstum in der Europäischen Union, die Zahl der Beschäftigten sei um 2,9% gestiegen, die Inflation sei auf 1,9% zurückgegangen. Kann ich dann von Wirtschaftskrise sprechen? Nicole Notat (Generalsekretärin der CFDT in Frankreich) stellte in "Le Monde" vom 19. April 1996 fest, daß auch Frankreich seine wirtschaftlichen Parameter verbessert habe, und trotzdem ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Warum dann auf Wirtschaftswachstum setzen? Ist eine derartige Politik ein wirksames Mittel, um die Beschäftigungskrise zu lösen?*

Jeannot Krecké: Ich bin kein Verfechter des absoluten Wirtschaftswachstums. Ich habe nur die Frage aufgeworfen: Wenn die Bürger in Luxemburg nicht bereit sind, Einbußen in ihrem Wohlstand hinzunehmen, dann verschreiben wir uns automatisch einem Wirtschaftswachstum.

Was Du ansprichst, ist zweifellos eine dramatische Entwicklung, im übrigen Europa sicher noch stärker als bei uns. Die Arbeitslosigkeit wird, seit zehn Jahren schon, nicht mehr durch Wirtschaftswachstum aufgesogen. Die Arbeitslosigkeit ist strukturell bedingt. Und sie wird, m. E., in den nächsten Jahren noch wachsen. Bisher war vor allem der Sekundärsektor betroffen: die Industrie hat sich in den letzten zwanzig Jahren restrukturiert, indem viele Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Doch was nun im Tertiärbereich ansteht, wird noch schlimmer sein. Ich rede von den Banken und Versicherungen. Die jüngsten Entwicklungen im Informatikbereich lassen hier einen riesigen Mitarbeiterüberschuß in den nächsten Jahren erwarten.

Die 6000 Arbeitslosen in Luxemburg sind natürlich ein Problem. Doch es ist noch nicht dramatisch. Wir

haben eine Arbeitsmarktverwaltung, die den Anforderungen nicht gewachsen ist. Wir schaffen ja immer noch - netto gesehen - neue Arbeitsplätze. Das Problem ist nur, daß nicht die Arbeitslosen diese Plätze besetzen, sondern zusätzliche Grenzgänger. Das hängt zum Teil an einer ineffizienten Verwaltung, zum Teil aber auch am Patronat, das lieber Leute aus dem Ausland einstellt, weil es denen billigere Löhne aufzwingen kann.

Im angekündigten Steuerpaket ist daher vorgesehen, einem Betrieb, der Arbeitslose einstellt, die ihm vom Arbeitsamt vermittelt wurden, zehn Prozent Steuergutschrift auf dessen Lohn zu gewähren. Es bleibt natürlich abzuwarten, ob die Maßnahme greifen wird und inwieweit Mißbräuche verhindert werden können, etwa indem ein Unternehmer einen Mitarbeiter entläßt, den der Geschäftsfreund dann einstellt, um den Steuerbonus einzuheimsen und umgekehrt. In Luxemburg ist nicht die Schaffung neuer Arbeitsplätze das Problem, sondern die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Und wir haben eine solche Vielfalt von Maßnahmen getroffen, daß kein Unternehmer mehr den Überblick hat, was alles möglich ist. Das soll natürlich nicht heißen, daß das Problem des Mangels an Arbeitsplätzen, wie es im Ausland besteht, nicht auch demnächst nach Luxemburg kommen kann.

Eine neue Steuerpolitik?

m.p.: *Nun zieht ein ungehemmtes Wirtschaftswachstum aber auch eine Reihe schwerwiegender ökologischer Probleme nach sich. Da wir viel von Steuerpolitik geredet haben, sollte man auch einen Vorschlag ins Gespräch bringen, der in Deutschland viel diskutiert wird: Das heutige Steuersystem belastet die Betriebe am stärksten, die am arbeitintensivsten sind, vor allem auch durch die hohen Lohnnebenkosten, während kapitalintensive Betriebe, die wenig Arbeitsplätze schaffen, steuerlich günstiger davorkommen. Es wurde errechnet, daß eine höhere Energiesteuer einerseits zum Energiesparen anreizen, aber gleichzeitig etwa 500 000 bis 600 000 Arbeitsplätze schaffen würde.*

Jeannot Krecké: Das ist makro-ökonomisch zweifellos richtig, doch leichter in einem großen Land zu bewerkstelligen als bei uns. Eine unserer Haupteinkommensquellen ist die Akzisensteuer. 60-65% des bei uns verkauften Benzins und Dieselöls wird an den Grenztankstellen und auf den Autobahnen abgesetzt. 47% des Dieselöls wird allein auf den Autobahnen verkauft. Beim Benzin liegen die Grenztankstellen vorne. Es ist klar, daß die Hauptkunden nicht die Leute aus Wasserbillig oder Wempehard sind. Wenn wir also die Energiesteuer erhöhen, erleiden wir große Einbußen bei den Akzisen. Ich habe schon in meinem Budgetbericht betont, daß dieser Faktor einen der drei Schwachpunkte unserer Wirtschaft und unseres Haushalts darstellt. Wir haben große Einnahmen bei den Akzisen, aber nur weil wir damit eine Steuermische ausnutzen. Wenn wir morgen den Benzinpreis erhöhen, gehen uns acht oder zehn Milliarden Einnahmen verloren. Das geht sehr schnell.

Wenn die Bürger in Luxemburg nicht bereit sind, Einbußen in ihrem Wohlstand hinzunehmen, dann verschreiben wir uns automatisch einem Wirtschaftswachstum.

m.p.: Der Rückgang bei den Akzisen wäre höher als die Mehreinnahme durch Verteuerung der Energiesteuer?

Jeannot Krecké: Auf jeden Fall, denn dann kommen ja keine Besucher mehr nach Luxemburg, allein um zu tanken. Der Konsum ist übrigens schon rückläufig, da der Preisunterschied nicht mehr so groß ist oder weil z. B. den Lastwagen größere Tanks gestattet wurden, so daß ein Auftanken unterwegs nicht mehr nötig ist, ein Umweg über Luxemburg also nicht mehr rentabel ist. Parallel zum Dieselverkauf geht übrigens der Verkauf von Zigaretten und Tabak zurück. Natürlich kann man die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, den hohen Verbrauch von Benzin und Dieselöl zu unterstützen. Darauf antworte ich gerne mit nein, aber man muß wissen, daß die Konsequenz einer Akzisenhöhung einen Einnahmeverlust für den Staatshaushalt bedeutet, und verschiedene Ausgaben unmöglich machen würde. Die einzige Lösung besteht in einer europäischen Einigung in dieser Frage, was ja auch geschieht, denn die Akzisen steigen langsam.

Die prinzipielle Frage, die sich stellt, ist eine andere: Sollen wir stärker auf indirekte Steuern setzen, und dazu gehören die Akzisen, oder besser die direkten Steuern erhöhen? Ich stelle erstens fest, daß die Arbeit immer stärker belastet wird, die Leute, die eine Arbeit haben, und die Betriebe, die Leute beschäftigen, und immer weniger das Kapital. Und wir setzen diese Politik fort, wie alle europäischen Regierungen. Hier wäre eine erste Umverteilung denkbar, wenn auch sehr gewagt. Zweitens ist die Gewichtung zwischen direkten und indirekten Steuern zu hinterfragen. Bei uns werden übrigens nicht nur Konsumgüter mit indirekten Steuern belegt. Auch eine 'taxe d'abonnement' auf *Investment fonds* gehört dazu. Man kann sich aber fragen, ob die Mehrwertsteuer eine gerechte oder eine ungerechte Steuer ist. Klassischerweise werden direkte Steuern, die progressiv zum Einkommen oder Vermögen steigen, in unserer Partei als gerechter dargestellt als indirekte Steuern auf Brot und Milch, die für den kleinen Mann wie für den Reichen dieselben sind. Nimmt man aber die Struktur der Mehrwertsteuer in Luxemburg, so muß man feststellen, daß die Hälfte der Güter des Warenkorbs, der den täglichen Bedarf einer Durchschnittsfamilie ausmacht, einem der niedrigen Steuersätze unterliegen (3%, 6% oder 12%). Nur 43% der Waren des täglichen Warenkorbs unterliegen dem Satz von 15%. Andererseits muß ich festhalten, daß der Mindestlohnbezieher kaum die Möglichkeit zur Steuerermäßigung hat bei der Einkommens- oder Vermögenssteuer, da er kaum absetzbare Ausgaben tätigt, während dank Bankgeheimnis und mangelhafter Steuerfahndung reiche Bürger eine gewisse Steuergestaltungsfreiheit nutzen können und auf jeden Fall Steuerermäßigungen erreichen können. Ist es dann nicht gerechter, den Konsum höher zu besteuern, da Reiche ja auch stärker konsumieren, und zwar vor allem die nicht von den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen erfaßten Waren? Als Sozialisten haben wir uns immer gegen eine MWSt-Erhöhung gewehrt, aber ich denke angesichts der Steuerstruktur wäre hier ein Umdenken angebracht.

m.p.: Frankreich und Belgien hatten doch lange Zeit einen erhöhten Steuersatz bei der Mehrwertsteuer auf Luxuswaren ...

Jeannot Krecké: Der ist nicht mehr erlaubt. Es ist zur Zeit ein Maximum von 25% gestattet. Wir haben einen Maximalsatz von 15%, den niedrigsten Tarif, der erlaubt ist. Die anderen Staaten haben auch häufig nicht diese reduzierten Steuersätze; das haben wir uns ausgehandelt, allerdings nicht allein. Wenn wir diese niedrigen Sätze noch eine Weile beibehalten dürfen, dann gibt es eine Garantie, daß kleine Einkommensbezieher auf ihren elementaren Bedürfnissen nicht zu stark belastet werden. Aber ich bin mir nicht sicher, ob wir bei der nächsten Verhandlungsrunde diese reduzierten Sätze noch aufrechterhalten können. Das wäre schlimmer als wenn wir den Höchstsatz auf 16 oder 17% erhöhen müßten.

Vermögenssteuer und Spekulationsgewinne

RK: Warum dann nicht einfach für eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Einkommen sorgen?

Jeannot Krecké: Dann wären völlig andere Maßnahmen notwendig: Dann müßte das Bankgeheimnis aufgehoben werden. Dann müßte die Körperschaftsteuer erhöht werden. Eine gerechtere Steuerpolitik ist nur möglich, wenn man die einzelnen Elemente des Vermögens besser erfassen kann. Zur Zeit hat ein Haus, das der Vermögenssteuer unterliegt, einen Einheitswert von 100-150 000 Franken, während die Schuld, die für den Erwerb aufgenommen wurde, sich auf 5 oder 6 Millionen beläuft. Es ist daher in Luxemburg möglich, mehrere Häuser sein eigen zu nennen, ohne der Vermögenssteuer zu unterliegen, weil der Einheitswert überhaupt nichts mehr mit dem Marktwert der Immobilie zu tun hat.

m.p.: Warum schätzt der Staat den Einheitswert denn nicht realistischer ein?

CW: Es ist klar, daß der Staat in Luxemburg stets den Erwerb von Immobilien unterstützt hat, um eine breite Vermögensstreuung zu fördern und so eine Stabilisierung der Gesellschaft zu erreichen. Alle haben eine Hausbesitzermentalität...

Jeannot Krecké: Das sieht man auch bei der Erbschaftssteuer. In direkter Linie ist sie nicht geschuldet. Geld und 'valeurs mobilières' brauchen auch nicht deklariert zu werden. Schwarze Konten können also in direkter Linie problemlos weitervererbt werden. Das ist so. Ob das sinnvoll ist, wage ich allerdings zu bezweifeln. Ich finde es nicht normal, daß wir alle Freibeträge anheben, den Einheitswert der Immobilien aber auf dem Stand von 1941 eingefroren lassen. Noch wagt aber niemand solche Eisen anzufassen, z. B. eine regelmäßige Anpassung des Einheitswerts an den Bauindex vorzuschlagen. Über den Sinn einer Erbschaftssteuer läßt sich in Luxemburg nicht in Ruhe diskutieren. Ich verstehe, daß Eltern, die ein gewisses Vermögen erarbeitet haben, es an ihre Kinder weiterreichen wollen. Ich kann mir daher vorstellen, daß in direkter Linie ganz hohe Freibeträ-

Ist es richtig, daß Vermögen, die nicht durch Arbeit, sondern durch die Bautenpolitik, etwa den Straßenbau, oder die Lotissement-Politik der Gemeinden, entstanden sind, die Agrarland zu bebaubaren Grundstücken aufgewertet hat, integral zum Nulltarif weitervererbt werden können?

ge vorgesehen werden. Doch ist es richtig, daß Vermögen, die nicht durch Arbeit, sondern durch die Bautenpolitik, etwa den Straßenbau, oder die Lotisement-Politik der Gemeinden, entstanden sind, die Agrarland zu bebaubaren Grundstücken aufgewertet hat, integral zum Nulltarif weitervererbt werden können? Aber ich bezweifle, daß eine solche Diskussion auch nur ansatzweise in Luxemburg möglich sein wird. Ich sehe schon die Schlagzeilen im Fernsehen: X will dem Arbeitersohn nun auch noch das Eigenheim versteuern.

Aus dem Grund mußte ich auch eine parteiinterne Debatte zu dem Thema abbrechen. Auch innerhalb der LSAP ist dieses Thema noch nicht spruchreif. Vor allem die Vertreter der kleinen Leute blocken da ab.

Ich finde es aber nicht normal, daß in unserer Generation Leute soviel Geld geerbt haben, daß sie nicht mehr arbeiten müssen. Wenn sowas möglich ist, wird die tägliche Arbeit doch unwahrscheinlich abgewertet. Ist das denn gesund? Ich finde es nicht normal, daß wenn der Gemeinderat den Bauperimeter mittels Strich auf der Landkarte erweitert und damit aus Ackerland Bauplätze macht, dieser Mehrwert den Eigentümern ipso facto zukommt, ohne daß sie dafür die geringste Anstrengung unternommen haben. Und was noch schlimmer ist: Wenn heute in einigen Gemeinden etwa des Alzettetals wegen der Überschwemmungsgefahr dieser Perimeter wieder zurückgenommen wird, müssen diese Eigentümer laut Staatsratsurteil auch noch entschädigt werden für den Wertverlust! Das kann ich nicht mehr akzeptieren. Andere arbeiten vierzig Jahre lang und verdienen weniger als diese Leute, die per Federstrich ihr Land in Bauplätze verwandelt sehen. In Luxemburg wird man nicht reich mittels Arbeitslohn, höchstens wohlhabend. Reich wird man durch (Bauland)spekulation.

RK: Das geschieht ja aber auf internationaler Ebene auf dem Kapitalmarkt genauso, mit noch viel größeren Summen. Wenn nun Luxemburger Bauern dieses Verhalten nachahmen, kann man ihnen das nicht zum Vorwurf machen.

Jeannot Krecké: Ich mache ihnen den Vorwurf nicht, sondern uns Politikern, daß wir kein Mittel gefunden haben, um solche Praktiken in den Griff zu bekommen.

RK: Früher stand in LSAP-Wahlprogrammen ein Passus zur Reform der Vermögenssteuer. Der fehlt heute ...

Jeannot Krecké: Weil er nie verwirklicht wurde. Es gibt in Luxemburg eine Vermögenssteuer. Sie bringt rund 600 bis 700 Millionen Franken bei den physischen Personen (inklusive Unternehmen, die als individuelle Unternehmen, also nicht als Kapitalgesellschaften funktionieren) ein. Berechnet man daraufhin die besteuerte Basis, kommt man auf ein Vermögen von ca. 140 Milliarden, das in Luxemburg beim Steueramt deklariert wird. Das entspricht genau dem Wert aller in Luxemburg immatrikulierten Autos. Die Einwohner Luxemburgs geben - karikatural ausgedrückt - nur ihren Wagen als Vermögenswert an, als gebe es

kein anderes Vermögen. Ich war trotzdem dagegen, die Vermögenssteuer abzuschaffen. Es war nämlich ins Auge gefaßt worden, diese Steuer bei den Unternehmen abzuschaffen und nicht wie jetzt vorgesehen die Gewerbesteuer. Beide bringen etwa gleichviel ein - etwa 2,8 Milliarden -, doch die Betriebe hätten lieber die Vermögenssteuer abgeschafft gesehen, weil die geschuldete Gewerbesteuer von der besteuerten Basis der Körperschaftssteuer abgeschrieben werden kann. Ich bestand aber darauf, daß die Vermögenssteuer, auch wenn sie zur Zeit lächerlich gering ist, beibehalten wird, denn man weiß nie, ob nicht irgendwann Finanzierungsprobleme auftauchen, die über den Weg einer Erhöhung der Vermögenssteuer zu lösen wären.

An diesem Beispiel kann man also merken, daß die Politik durchaus noch Spielraum hat. Das vom Finanzminister gestern vorgestellte Maßnahmenpaket wurde längere Zeit durchdiskutiert, und nicht erst seit die deutschen Banker vor wenigen Wochen lauthals danach verlangten.

m.p.: Du bist also nicht mit Danielle Fonck einverstanden, die heute im 'tageblatt' schreibt: "Le fait est qu'à l'heure de la mondialisation de l'économie (...) un jeune politicien fait la démonstration par l'absurde que la politique n'a plus d'autre raison d'être que de satisfaire financiers et entrepreneurs"?

Jeannot Krecké: Nein, die Meinung teile ich nicht. Es ging nicht darum, bestimmte Personen zufriedenzustellen, sondern darum, eine wirtschaftliche Akti-

Romain Hoffmann



H8720 5/96

vität zu unterstützen bzw. unnütze Belastungen abzuschaffen. Unsere Frage lautete: Ist es richtig, das Kapital, also den Eigenbesitz eines Betriebs, doppelt zu besteuern? Früher gab es noch eine dritte Steuer ...

m.p.: *Die Lohnsummensteuer ...*

Jeannot Krecké: Ja, die gab es auch und ist heute abgeschafft, aber die lag nicht auf dem Kapital. Ich dachte an die 'taxe d'abonnement', die heute nur noch von Holdinggesellschaften und Investment-Fonds verlangt wird. Wenn ich also das Eigenkapital der Betriebe nicht mehr doppelt besteuere, profitieren natürlich in erster Linie, aber nicht exklusiv, die Banken davon, weil die das größte Kapital besitzen.

Die Klein- und Mittelbetriebe müssen mit ganz anderen Mitteln gefördert werden als über den Weg von Steuererleichterungen. Deren Probleme sind anders gelagert. Ich stelle mit Bedauern fest, daß selbst hoch ausgebildete Leute oder Handwerkermeister unbedingt danach streben, Staats- oder Gemeindebeamte zu werden. Keiner will mehr ein Risiko tragen. Diesem Problem kann man nicht mit Steuererleichterungen begegnen. Bei der Betriebsgründung spielt die Gewerbesteuer keine Rolle. Das Problem ist, daß der Jungunternehmer oder die s.à r.l. ein Eigenkapital von 500 000 Franken oder von 1,250 Millionen haben mag, dafür aber noch bei keiner Bank eine Kreditlinie von drei Millionen erhält, weil die Bank dann das persönliche Vermögen als Garantie belastet. Hier muß man daran denken, die Mutualitäten dazu zu bewegen, solche Risikokredite zu gewähren. Steuern hingegen spielen erst eine Rolle, wenn fette Gewinne anfallen, nicht bei der Betriebsgründung.

m.p.: *Stimmt es also doch, daß die Banker eine einflußreichere Lobby haben als die Klein- und Mittelunternehmer und ihre Interessen durchsetzen konnten?*

Jeannot Krecké: Es ist nicht abzustreiten, daß die Banker ihre Lobby haben. Aber das ist nicht das entscheidende. Wir müssen halt ein wachsames Auge auf die Banken halten. Ein Drittel der Staatseinnahmen kommt aus dem Finanzsektor! Das ist auf der einen Seite natürlich eine gute Sache, die uns entsprechende Ausgaben erlaubt. Auf der anderen Seite ist das aber auch extrem unvorsichtig. Wenn die sich morgen von Luxemburg verabschieden, können wir unsere Sozialpolitik vergessen. Die Lobby-Arbeit der Banken mag ihre Rolle spielen, doch das Verantwortungsgefühl des Politikers verlangt auch Aufmerksamkeit gegenüber den Bedürfnissen dieses Sektors und gegenüber den Entwicklungen im Ausland, die seine Geschäftsbedingungen beeinflussen. Ein Einbruch auf diesem Sektor geht schnell in die Milliarden.

"Choix de société" und Solidarität

Doch die fundamentale Diskussion, die in Luxemburg geführt werden muß - ich sage es noch einmal - ist die: Sind wir bereit eine Reihe Einbußen in unserm Wohlstand und in unseren Einkommen hinzuneh-

men? Sind wir bereit das Wirtschaftswachstum nicht mehr als einziges erstrebenswertes Ziel anzusehen? Und welchen Stellenwert erkennen wir der Ökologie zu? Das ökologische Bewußtsein ist sicher gewachsen, aber es geht noch nicht sehr weit, sobald der einzelne Abstriche von seiner Bequemlichkeit machen muß. Das scheint mir aber sehr bedenklich. Nehmen wir das Beispiel Nordstraße, die ich nie unterstützt habe. Der Eingriff in die Natur wird gewaltig sein. Ich bin auch überzeugt, daß man die Verkehrsflüssigkeit rundum die Hauptstadt anders hätte gewährleisten können als mit dem Bau dieser Schnellstraße durch den Grünewald. Doch im Falle eines Referendums würde noch immer eine große Mehrheit den Eingriff in die Natur befürworten, weil sie sich eine größere Bequemlichkeit davon erwartet. Solange das möglich ist, bezweifle ich, daß die Politik ein langsames Wirtschaftswachstum mit allen seinen Folgen befürworten kann. Die Gesellschaft ist m.E. noch nicht reif für die Diskussion um den *choix de société*.

Das sah man ja auch bei der Diskussion um die Staatsbeamtenpensionen. Niemandem ist dabei das geringste Leid geschehen. Keiner mußte eine Einkommenseinbuße hinnehmen. Und trotzdem gingen 40 000 auf die Straße. Es mag sein, daß die Politiker ihre Reform schlecht erklärt haben. Trotzdem gibt dieser Massenprotest zu denken. Was wird dann geschehen, wenn mal echte Einschränkungen nötig sein werden? Ist es dann nicht normal, daß der Politiker die Sache noch eine Weile treiben läßt, bis die negativen Auswirkungen deutlicher spürbar sind?

CW: *Bedeutet die Emotionalität und die Heftigkeit, mit der die Debatte um die Staatsbeamtenpensionen geführt wurde, nicht auch, daß ein Großteil der Gesellschaft erkannt hat, daß ein Maximum erreicht ist, von dem aus es nur noch ein Abwärts geben kann, das die Staatsbeamten als erste erwischt hat, dem aber andere Sektoren folgen werden? Daß also viele auch für sich Einbußen in naher Zukunft erwarten? Ich sehe die Massenproteste eher als letztes Aufbäumen von Menschen, die sich bewußt wurden, daß sie eine Entwicklung nicht entscheidend bremsen können.*

Jeannot Krecké: Gibt es denn nicht andere Probleme in unserer Gesellschaft, die schärfere Reaktionen und Massenproteste hervorrufen müßten als jene der Staatsbeamten? Im Bauwesen, im Handel arbeiten Menschen mit geringen Löhnen, denen am Ende des Monats nicht viel übrig bleibt für Sonderwünsche. Sie gehen aber nicht auf die Straße.

CW: *Das scheint uns auch eine der wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragen zu sein: wie funktioniert die Solidarität in Luxemburg?*

Jeannot Krecké: Oder die Klassengesellschaft, die wieder durchbricht. Ich sehe, wie unsere Gesellschaft wieder auseinanderdriftet: auf der einen Seite eine Reihe geschützter Sektoren, nicht nur der öffentliche Dienst, auch andere Wirtschaftszweige, in denen die Arbeitsverhältnisse noch geregelt sind, die Löhne anständig sind, eine gewisse Arbeitsplatzgarantie besteht, das Arbeitsrecht eingehalten wird usw., und auf der andern Seite ein sehr prekärer Sektor. Das macht mir echt Angst.

Nehmen wir das Beispiel Nordstraße. Der Eingriff in die Natur wird gewaltig sein. Doch im Falle eines Referendums würde noch immer eine große Mehrheit den Eingriff in die Natur befürworten, weil sie sich eine größere Bequemlichkeit davon erwartet.

CW: In Luxemburg scheint in der Tat eine Desaggregationsphase eingeläutet zu sein. Ich würde noch nicht von einer neuen Klassengesellschaft sprechen, sondern von einem Nebeneinander verschiedener Schichten, die keine Solidarität füreinander empfinden. Die Brüche verlaufen verschiedenen Linien entlang: Ausländer - Luxemburger, Staatsbeamten - Angestellte des Privatsektors, ...

Jeannot Krecké: Im Bankensektor gibt es auch noch geschützte Arbeitsverhältnisse, auch wenn einige sich dort beklagen. Doch im Vergleich zum Bausektor, zum Gaststättengewerbe, zu den Klein- und Mittelbetrieben, zum Handwerk sind das keine Probleme. In diesen Sektoren sind nicht nur die Lohnempfänger schlecht gestellt. Auch die Unternehmer selbst sind nicht reich und sie müssen selbst hart arbeiten. Und dieses Auseinanderdriften ist beängstigend. Man spürt kein Solidaritätsgefühl, das dem entgegenwirken würde.

CW: Ist nicht auch das Arbeitsverhältnis, das bisher auf der Partnerschaft und dem gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufbaute, dabei auseinanderzufallen? Das scheint mir deutlich im Bankensektor: Das Kollektivvertragsmodell, das seit 1967 zum Teil den Erfolg des Finanzplatzes ausmachte, wurde in Frage gestellt und durch ein neues Modell ersetzt, das nun schon wieder modifiziert wird. Und alle Veränderungen gehen zu Lasten der Arbeitnehmer. Und darauf wird natürlich mit einer gewissen Aggressivität reagiert. Und in diesen Rahmen gehört auch der Staatsbeamtenprotest: die Angst vor weitergehenden Veränderungen, die ihnen gefährlich werden könnten.

Jeannot Krecké: Das kann man so sehen. Die Diskussion muß aber geführt werden, ob das Ausgangsni-

veau, von dem vielleicht Abstriche gemacht werden müssen, nicht so hoch ist, daß in der Tat Abstriche möglich sind, ohne daß dem einzelnen viel Leid geschieht. Wir sind ja nicht in einer Krisensituation. Deshalb müßte doch gerade zu diesem Zeitpunkt eine diesbezügliche, sachliche Diskussion möglich sein, die auch zum Nachdenken anregt.

m.p.: Welche Medien sind denn dazu bereit?

Jeannot Krecké: Das ist in der Tat ein Problem. Ich frage mich, wo eine solche öffentliche Debatte möglich wäre, denn das einzige Medium, das noch Einfluß hat, ist das Fernsehen, eventuell das Radio, und politische Debatten finden dort ja nicht statt. Alle Aussagen müssen in 90-Sekunden-Features gepreßt werden. Wie soll ich das denn tun mit den Fragen, die wir heute hier diskutiert haben? Heute morgen verlangte ein RTL-Journalist von mir vor laufender Kamera einen Kommentar zum Steuerpaket der Regierung in zwei Minuten ... Da kann man nicht mehr erklären und nuancieren. Da sind nur noch Schlagwörter möglich. Also wird die Rede des Politikers immer nichtssagender.

forum: forum steht gern für gesellschaftspolitische Debatten zur Verfügung. Dieses Gespräch soll den Anfang einer Serie von vertieften Gesprächen mit Politikern sein, die etwas zu sagen haben. Und wir haben vor, unsere alte Tradition themenbezogener, politischer Rundtischgespräche wieder aufzugreifen. Den Anfang machen wir am 17. Juni mit der Erziehungsministerin zum Thema Aufnahmeexamen. Für heute danken wir Dir für das ausführliche Gespräch.

Das Gespräch mit Jeannot Krecké wurde am 3. Mai 1996 aufgenommen. Von forum-Seite waren Raymond Klein, Michel Pauly und Claude Wey daran beteiligt.